

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/100

28. Mai 1974

Reformen mit Augenmaß

Umfassendes hessisches Planungssystem setzt neue Maßstäbe

Von Albert Daswald
Hessischer Ministerpräsident und Mitglied des Vorstandes der SPD

Seite 1 und 2 / 57 Zeilen

Das Dilemma der CDU wächst

Personalschwierigkeiten kommen zu Sachzorgen

Von Dr. Hubert Weber MdB

Seite 3 / 41 Zeilen

Die SPD hat ihre Schlagkraft wiedergefunden

Hannover zeigte eine geschlossene Führungsmannschaft

Seite 4 / 41 Zeilen

Praktische Fortschritte für die Menschen

Das Gesundheitsabkommen zwischen Bundesrepublik und DDR

Von Prof. Dr. Hans-Georg Wolters
Staatssekretär beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 5 und 6 / 90 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 28 85 846 - 48 pöbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 87 68 11

Reformen mit Augenmaß

Umfassendes hessisches Planungssystem setzt neue Maßstäbe

Von Albert Osswald

Hessischer Ministerpräsident und Mitglied des Vorstandes der SPD

In der hessischen Landespolitik wurde schon immer vorausschauend gedacht und gehandelt. Nicht Utopien, sondern realistische Programme der Landesentwicklung haben Hessen zu einem modernen Land gemacht und ihm einen Vorsprung in der Entwicklung vor anderen Bundesländern gegeben. Unser Großer Hessenplan als erstes Instrument staatlicher Entwicklungsplanung hat während seiner Laufzeit bewiesen, daß eine zukunftsorientierte Politik nicht auf Voraussage und Planung verzichten kann. Wir haben unsere Entscheidung nicht nur für den Tag getroffen. Wir haben stets bedacht, daß das, was wir zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Verbesserung der Lebensbedingungen tun, in Zukunft Bestand hat. Daß wir richtig handelten, zeigen die Erfolge unserer Politik, die wir mit Unterstützung der Bürger erzielten. Mit Hessen '80, dem umfassenden hessischen Planungssystem, haben wir neue Maßstäbe gesetzt.

Der Leistungsbericht der Landesregierung für die Jahre 1971 bis 1974, der Rechenschaft gibt über den Ersten Durchführungsabschnitt von Hessen'80, zeigt, daß Versprochenes gehalten wurde, daß realistische Planung vor Fehlentwicklungen und damit vor unnützen Geldausgaben schützt. Die erste Etappe zur Verwirklichung unserer langfristigen Zielvorstellungen kann damit erfolgreich abgeschlossen werden. Auch heute sagen wir wieder klar, was wir in den nächsten vier Jahren wollen. Unser Programm ist darauf angelegt, unserem Land die Zukunft zu sichern und die nach 1945 gemeinsam vollbrachte Aufbauleistung fortzuführen.

Wir wollen Sicherheit durch schrittweise Veränderung. Wir folgen damit der Erkenntnis, daß Sicherheit nur aus Reformen wachsen kann. Die dazu notwendigen Maßnahmen sind in unserem Arbeitsprogramm dargelegt. Sie bleiben für den Bürger kontrollierbar. Wir wollen eine leistungsfähige Wirtschaft, um zur dauerhaften Sicherung der Arbeitsplätze und zur Moderni-

sierung der Volkswirtschaft in der Bundesrepublik beizutragen. Wir wollen mehr Demokratie, mehr Gerechtigkeit und eine bessere Qualität des Lebens. Nicht utopische Versprechungen, sondern vernünftige Reformen sind als Ziele in unserem Durchführungsabschnitt dargelegt.

Bei der Erarbeitung dieses Programms haben wir eine Korrektur der langfristigen Rahmendaten vorgenommen, den Gesamtkurs überprüft und einzelne Ziele angepaßt. In diesem Zusammenhang sind insbesondere neue Annahmen zur angestrebten Bevölkerungsentwicklung im gesamten Land und in den einzelnen Regionen festgelegt worden. Dieses Beispiel zeigt, wie wir unser Planungssystem der Wirklichkeit anpassen, flexibel halten und jeder Versuchung widerstehen, überholte Konzepte weiter zu verfolgen. Die Landesregierung legt den Entwurf zum Zweiten Durchführungsabschnitt des Landesentwicklungsplans Hessen'80 schon jetzt der Öffentlichkeit vor, um sicherzustellen, daß eine ausreichende Zeitspanne für die Diskussion über Inhalt und Zielrichtung dieses Regierungsprogramms in Zahlen zur Verfügung steht.

Das umfassende Planungssystem bietet den Bürgern des Landes die Chance zur aktiven Beteiligung am Planungs- und Entscheidungsprozeß. Diese Beteiligung ist erforderlich. Sie muß dem Planungssystem zusätzliche Anregungen vermitteln, den Kontakt zu den aktuellen Problemen in den einzelnen Bereichen gewährleisten und es davor bewahren, in eine technokratische Isolation zu geraten. Die Landesregierung sieht in ihrem Arbeitsprogramm für die Jahre 1975 bis 1978 ein Mittel, unseren Bürgern die notwendige Sicherheit und Zuversicht zu geben, die wir gemeinsam benötigen, um miteinander den nächsten Abschnitt unserer Zukunft zu gestalten.

Dabei werden wir die notwendigen Reformen in Angriff nehmen, ohne das Hauptziel, die Sicherung der Existenz des einzelnen und die Leistungsfähigkeit von Gesellschaft und Wirtschaft aus dem Auge zu verlieren. In der zurückliegenden Zeit hat sich gezeigt, daß Reformen nur in dem Maße möglich sind, wie es gleichzeitig gelingt, die Einkommensverhältnisse und den Wohlstand unserer Bürger zu verbessern. An diesen Zusammenhängen muß sich das Tempo unseres gesellschaftlichen Fortschritts orientieren.

(-/28.5.1974/ks/pr)

+ + +

Das Dilemma der CDU wächst

Personalschwierigkeiten kommen zu Sacheorganen

Von Dr. Hubert Weber MdB

Die CDU hat sich geeinigt: Ihr Kanzlerkandidat soll nicht vor 1975 genannt werden. Ob es dabei bleibt, ist sicherlich ungewiß. Gewiß ist aber, daß innere Zerrissenheit, Machtkämpfe und Führungsschwäche der CDU deutlich sichtbar sind. Das Dilemma der CDU wird noch größer, wenn das Personalkarussell läuft.

Der Oppositionsführer Prof. Dr. Karl Carstens hat bei seinem ersten Auftreten gegenüber Bundeskanzler Helmut Schmidt jeden Effekt vermissen lassen. Seine Rede war ausgetrocknet, bewegte sich auf ausgetretenen Wegen der Außenpolitik und ließ tiefbedrückende innenpolitische Kenntnisse vermissen.

Der frühere Oppositionsführer Dr. Rainer Barzel war für die CDU/CSU in dieser Debatte eine Befruchtung. Seine langjährige parlamentarische Erfahrung kam ihm zugute. Daraus aber gleich den Anspruch abzuleiten, er stehe "für alle Aufgaben und Ämter innerhalb der CDU zur Verfügung" ist unreal.

Die beiden Ministerpräsidenten Dr. Helmut Kohl und Dr. Gerhard Stoltenberg, die ersten Anwärter auf den Kanzlerkandidatenposten in der CDU, sind beide nicht im Deutschen Bundestag vertreten. Sie können zwar als Repräsentanten ihrer Länder im Bundesrat das Wort ergreifen, ein solches Engagement erstreckt sich aber der Sache nach auf politische Fragen, die auf die Länder und deren Politik ausstrahlen, wobei der Spielraum naturgemäß begrenzt ist. Der Bundesrat ist für beide kein Sprachrohr, wenn sie nur aus parteipolitischen Erwägungen gegen Entscheidungen des Bundestags angehen wollen. Diese Art der Politik ist beim Wähler noch nie angekommen. Denn der Wähler will die Politik der sozial-liberalen Koalition bei der nächsten Bundestagswahl gutheißen oder ablehnen, aber nicht über die Hintertreppen des Bundesrates gehen.

Dies offenbart aber auch, daß bei der CDU nicht nur der Kopf, sondern auch die gemeinsame Strategie fehlen. Erfolge der jüngsten Monate sind ihr unverdient und nicht aufgrund ihrer eigenen Stärke zugeflossen. Sie sind auch nicht von Dauer, wenn die SPD ihre Chance auf parlamentarischer Ebene - sie hat in der Führungsspitze einen entscheidenden Vorsprung - und durch geschlossenes Auftreten wahrnimmt.

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß, der aus dem Deutschen Bundestag zu diesem Fragenkomplex etwas sagen könnte, hat geschwiegen. Für ihn ist offenbar die Regierungsbildung zu schnell gegangen. Er hat sich noch mit der von ihm prophezeiten Staats- und Regierungskrise befaßt, die ausgeblieben ist. Vielleicht aber auch will er nicht mehr nur Kanzlermacher bei der CDU sein, sondern selbst Kandidat: Sein Verhalten spricht dafür. Das aber wäre sicherlich ein echter Rückschritt für den Bürger und die CDU, wenn man das ernsthaft zu befürchten hätte.

(-/28.5.1974/ks/pr)

+ + +

Die SPD hat ihre Schlagkraft wiedergefunden

Hannover zeigte eine geschlossene Führungsmannschaft

Wenn es noch eines Beweises bedürfte, so wurde er in Hannover endgültig erbracht: Die SPD hat ihr Stimmungstief endgültig überwunden. Was sich bei der zentralen Kundgebung vor über 20.000 Zuhörern auf dem Rathausplatz der niedersächsischen Landeshauptstadt ereignete, das war mehr als nur ein Beleg für die Geschlossenheit dieser Partei und ihrer Führung, war mehr als ein Akt der Solidarität der gesamten Parteiführung mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Alfred Kubel und seinen politischen Freunden im Lande. Diese Kundgebung hat vielen deutlich gemacht: Die SPD ist intakt, für ihre Politik gibt es gegenwärtig in der Bundesrepublik keine Alternative.

Deutlich wurde gleichzeitig, daß Willy Brandt der erste Mann in der deutschen Sozialdemokratie ist und bleibt, und daß Helmut Schmidt als Bundeskanzler, Herbert Wehner als Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und als vierte Säule der SPD-Führungsquadrige der NRW-Ministerpräsident Heinz Kühn Garanten dafür sind, daß die unter Willy Brandt eingeleitete Friedenspolitik und die Politik der inneren Reformen konsequent und konzentriert fortgeführt wird. In Hannover, wo unter Kurt Schumacher die Weichen für die sozialdemokratische Politik nach dem Zweiten Weltkrieg gestellt wurden, präsentierte sich eine Führungsmannschaft der SPD, die geschlossen und zielbewußt ihre erfolgreich begonnene Arbeit fortsetzen wird. In der niedersächsischen Hauptstadt wurde auch deutlich, daß es den politischen Gegnern der SPD nicht gelungen ist, dieses Führungsteam der SPD in seiner Zusammenarbeit zu stören oder auseinanderzudividieren. Willy Brandt, Helmut Schmidt, Heinz Kühn und Herbert Wehner haben den Unions-Politikern und ihren publizistischen Helfershelfern, die Unsicherheit und Furcht zu verbreiten versuchen und das Geschäft mit der Angst betreiben, in Hannover eine klare Absage erteilt.

Den 20.000 Hannoveranern, die dem alten und neuen Bundeskanzler, ja der gesamten SPD-Führung einen begeisterten Empfang geboten hatten, ist klar geworden: Die SPD ist der Vorkämpfer und Repräsentant des Lagers der freiheitlichen und sozialen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Erkenntnis wird sich bis zum 9. Juni nicht nur in Niedersachsen, sondern in der gesamten Bundesrepublik herumsprechen. Die SPD, die ihre Geschlossenheit und politische Schlagkraft wieder gefunden hat, stellt sich den Aufgaben der Zukunft und ist ihnen gewachsen. Dazu war Hannover ein Beweis, ein Bekenntnis, das die Parteimitglieder noch enger zusammenrücken lassen wird. Hannover hat gezeigt, daß die Miesmacher und Nein-Sager ihre Rolle überzogen haben. Der Wille zur Veränderung und zur Ausgestaltung des sozialen Rechtsstaates wird sich weiter manifestieren. Die Sozialdemokraten, das hat Hannover eindrucksvoll bewiesen, werden ihre Politik zum Wohle der Arbeitnehmer konsequent und erfolgreich fortsetzen.

Gode Japs
(-/28.5.1974/ks/pr)

+ + +

Praktische Fortschritte für die Menschen

Das Gesundheitsabkommen zwischen Bundesrepublik und DDR

Von Prof. Dr. Hans-Georg Wolters

Staatssekretär beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Nach fast einjähriger Verhandlungsdauer wurde das Abkommen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik unterzeichnet. Dieses Folgeabkommen ist ein weiteres Ergebnis des konsequenten Bemühens der Bundesregierung, im Rahmen gutnachbarlicher Beziehungen nun auch in Einzelbereichen zu einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten zum Wohle der betroffenen Menschen zu kommen.

Der vorrangige praktische Nutzen dieses Abkommens besteht in einem Rechtsanspruch auf ambulante und stationäre Hilfe, den jeder Einreisende aus dem einen deutschen Staat während seines Aufenthalts in dem anderen deutschen Staat hat. Diese Hilfe ist für den Betroffenen kostenfrei. Sie umfaßt

- die notwendige ambulante oder stationäre Behandlung im akuten Erkrankungsfall, bei einem Unfall oder bei akuter Verschlimmerung älterer Krankheiten, insbesondere chronischen Krankheiten, einschließlich der notwendigen medizinischen Hilfe zur Verhütung einer Verschlimmerung oder zur Schmerzlinderung;

- die Versorgung mit Arzneimitteln und mit orthopädischen Hilfsmitteln, Brillen, Hörgeräten, Zahnersatz oder vergleichbaren Hilfsmitteln; und

- den Krankentransport, auch wenn er grenzüberschreitend ist; der grenzüberschreitende Krankentransport wird im Interesse einer möglichst geringen Belastung des Kranken soweit wie möglich erleichtert; schließlich wird

- in ärztlich begründeten Fällen die Möglichkeit geschaffen, daß der Erkrankte an den Ort der Erstuntersuchung zurückkehren kann, um dort eine Nachuntersuchung durchzuführen.

Zur schnelleren und sicheren Information der Betroffenen und um die Einholung der Behandlungsgenehmigung zu beschleunigen und zu erleichtern, wird als Ergänzung des üblichen Verfahrens bei der Benachrichtigung von Angehörigen bei lebensbedrohlichen Zuständen des Erkrankten und bei Zuständen, die es diesem unmöglich machen, selbst eine Benachrichtigung vorzunehmen sowie bei Todesfällen und bei der Einholung einer Behandlungsgenehmigung für Minderjährige ermöglicht, daß die Ständigen Vertretungen in Anspruch genommen werden können. Neben der Krankenhilfe in Akutfällen ist eine gegenseitige Unterstützung durch die Gewährung von Spezialbehandlungen und Kuren vorgesehen. Dabei entstehende Kosten werden gegenseitig verrechnet. In diesen Bereich sollen später auch der Austausch von Organtransplantaten mit einbezogen werden. Eine solche Erweiterungsabsicht wurde in einem entsprechenden Briefwechsel festgelegt.

Ein weiterer wesentlicher Punkt des Abkommens ist die gegenseitige Bereitstellung von Arzneimitteln, medizinischem Verbrauchsmaterial und me-

dizin-technischen Erzeugnissen in Katastrophenfällen. Reisende haben das Recht, die für den persönlichen Gebrauch benötigten Arzneimittel mitzuführen. In begründeten Einzelfällen wird zur Weiter- oder Wiederbehandlung die Übersendung benötigter, zugelassener Arzneimittel über Apotheken aus dem anderen Staat ermöglicht, im Auftrage von Verwandten oder in der Bundesrepublik Deutschland, gegebenenfalls auch von humanitären Organisationen. Hinzu kommt eine gegenseitige Unterrichtung über Nebenwirkungen von Arzneimitteln und auf dem Gebiet der Bekämpfung des Drogen-, Rauschmittel- und sonstigen Suchtmittelmißbrauchs.

Zu Fragen der Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten wurde ein regelmäßiger Informationsaustausch vereinbart, der in bedeutsamen Fällen unverzüglich zwischen den Gesundheitsministerien erfolgt und der auch eine Abstimmung von evtl. an der gemeinsamen Grenze erforderlichen Maßnahmen einschließt. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens erklärt hat, daß sie mit Inkrafttreten des Abkommens auf die Vorlage von Desinfektionsbescheinigungen für gebrauchte Kleidungsstücke, die als Geschenk im Reiseverkehr mitgeführt werden, verzichtet.

Die Verhandlungen über das Abkommen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens gestalteten sich schwierig, da die politischen und sachlichen Positionen anfangs weit auseinander lagen. Dies zeigte sich insbesondere bei dem bereits erwähnten Verzicht auf die Desinfektionsbescheinigungen im Reiseverkehr, auf die die Deutsche Demokratische Republik nur nach Änderung ihres innerstaatlichen Rechts verzichten kann, wie auch bei der Regelung des nicht-kommerziellen Arzneimittelverkehrs, da beiderseitig das jeweilige innerstaatliche Recht dafür sehr enge Grenzen setzt. In grundsätzlichen Fragen tendierte die Deutsche Demokratische Republik dahin, über das, was zum Verhältnis der beiden deutschen Staaten im Grundlagenvertrag entweder abschließend oder im Sinne eines modus vivendi gesagt ist, zumindest interpretierend hinauszugehen. Es kann jedoch festgestellt werden, daß es ohne Einschränkung gelungen ist, die Auffassung der Bundesrepublik durchzusetzen.

Die Bundesregierung hat immer wieder klargemacht, daß sie kein Folgeabkommen schließen würde, das die Einbeziehung Westberlins nicht in einer befriedigenden Weise regelt. Die Wirksamkeit des Abkommens wird durch einen Artikel in Form der Frank-Falin-Klausel auf Westberlin ausgedehnt.

Eine vom 12. Juni 1972 datierende Sonderregelung des Berliner Senats über die medizinische Betreuung von Westberlinern in der Deutschen Demokratischen Republik, die bezüglich des Leistungsumfanges und der Kostenübernahme nicht der Regelung dieses Abkommens entsprach, ist noch vor Unterzeichnung durch eine entsprechende Neuformulierung der Vereinbarung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Berliner Senat angepaßt worden.

Das Abkommen, das in der Bundesrepublik noch ratifiziert werden muß, ist ein erster wichtiger Schritt, auf dem Gebiete des Gesundheitswesens mit der Deutschen Demokratischen Republik enger als bisher zusammenzuarbeiten. Weitere werden folgen müssen. Die Absicht dazu wurde von beiden Seiten erklärt. Nur so werden Schwierigkeiten, die sich aus den unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen ergeben, im Interesse von menschlichen Erleichterungen für die Bürger in den beiden deutschen Staaten überwunden.

(-/28.5.1974/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller